

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend ein Maßnahmenpaket zum Schutz der Hypo Oberösterreich vor finanziellen
Nachteilen aufgrund der Milliardenverluste der Hypo-Alpe-Adria bzw. des
Schuldenmatoriums der HETA**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird vor dem Hintergrund der Milliardenverluste der Hypo-Alpe-Adria, des nunmehr verfüzten Zahlungsstopps der Abwicklungsgesellschaft HETA und des Haftungsverbands der Hypo-Landesbanken ersucht,

- 1) sämtliche zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Verhinderung eines finanziellen Schadens für die Hypo Oberösterreich zu prüfen und den Landtag darüber zu informieren,
- 2) in Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Bundesländern Alternativen zur Abwendung des finanziellen Schadens zu erarbeiten und
- 3) für den Fall, dass Haftungen der Hypo Oberösterreich für die Hypo-Alpe-Adria bzw. HETA schlagend werden, umfassende Regressionsmöglichkeiten auszuloten und zu nutzen.

Begründung

Die mehrheitlich in Landeseigentum befindliche Hypo Oberösterreich informiert auf ihrer Homepage darüber, dass sie zwar keine nennenswerten direkten Engagements gegenüber der HETA (= Heta Asset Resolution AG) hat, aber über die Österreichische Pfandbriefstelle eine indirekte Verbindung besteht. Die Pfandbriefstelle ist ein gesetzlich definiertes Emissionsinstitut der Landeshypothekenbanken. Die Pfandbriefstelle hat für die HETA bis 2006 treuhändig Emissionen begeben, für die das Land Kärnten haftet. Darüber hinaus besteht für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle auch noch eine gesetzlich definierte Solidarhaftung der Landeshypothekenbanken und der Bundesländer.

Aufgrund des Bescheids der Finanzmarktaufsicht (FMA) darf die HETA ihre über die Pfandbriefstelle begebenen Anleihen nicht mehr bedienen. Daher sind die Hypothekenbanken und die Bundesländer gefordert, in eine Liquiditätsvorleistung zu treten. Diese Liquiditätsvorleistung könne ein Ausmaß von bis zu 150 Millionen Euro ausmachen, wird Hypo-Generaldirektor Andreas Mitterlehner zitiert. Aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen würden diese 150 Millionen Euro zwischen dem Land Oberösterreich und der Hypo aufgeteilt.

Darüber hinaus wäre in Oberösterreich auch die Raiffeisen Landesbank über den eigenen Kepler-Fonds (im Ausmaß von 67 Millionen Euro) und als Haupteigentümerin an der Hypo-Salzburg von einem möglichen Schuldenschnitt betroffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten bekennen sich zur Hypo Oberösterreich und ersuchen daher die Landesregierung, umgehend alle zur Verfügung stehenden Mittel zu prüfen, um mögliche Schäden für die Hypo Oberösterreich und das Land Oberösterreich abzuwenden. Zudem soll geprüft werden, ob von einem möglichen Schuldenschnitt auch schützenswerte Interessen von OberöreicherInnen – wie zum Beispiel Pensionsvorsorgen – gefährdet sein könnten. In Zusammenarbeit mit den anderen betroffenen Bundesländern und zur Verfügung stehenden Fachleuten sollen sämtliche Optionen geprüft und der Landtag darüber informiert werden. Nach Abwägung der damit verbundenen Folgen gilt es die für die oberösterreichische Bevölkerung, das Land Oberösterreich und die Hypo Oberösterreich nachhaltig zielführendste Option zu verfolgen.

Linz, am 9. März 2015

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Bauer, Müllner, Promberger, Makor, Krenn, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Rippl, Affenzeller, Pilsner, Röper-Kelmayr, Eidenberger, Schaller

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Mahr, Povysil, Wall, Lackner, Schießl, Klinger, Nerat, Cramer